

6. Wahlperiode – 48. Sitzung

Tagesordnungspunkt 2

Zweite Aktuelle Debatte

Jahrelange Benachteiligung Ostdeutschlands bei den Strom-Netzentgelten beenden – Energiewende nicht länger gefährden. Strompreise runter

Antrag der Fraktion Die Linke

1. Februar 2017

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen!

Bei der heutigen Aktuellen Debatte beschäftigen wir uns mit einem wichtigen Zukunftsthema: mit Fragen der Energiewende. Sehr geehrter Herr Kollege Böhme, mit Ihrem Debattentitel „Jahrelange Benachteiligung Ostdeutschlands bei den Strom-Netzentgelten beenden“ enttäuschen Sie mich. Bei diesem wichtigen Gerechtigkeitsthema ist es sicherlich richtig und wichtig, Druck von Länderseite zu machen, aber bitte nicht mit dieser Haltung eines „Jammer-Ossi“, sehr geehrter Herr Kollege Böhme.

Ich glaube, mit dieser Haltung, die Schwäche und Unvermögen symbolisiert, werden Sie am Ende des Tages in dem Spiel der bundesdeutschen Energieinteressen nichts erreichen. Meine Haltung ist: Wir sollten hier selbstbewusst auftreten. Sachsen ist beim Netzausbau, bei innovativen Speichertechnologien, bei Forschung und Entwicklung, bei Energieeinsparung und letztlich auch bei erneuerbaren Energien – ich erinnere hier an die PV-Cluster in Chemnitz, in Dresden und in Leipzig – ganz vorn dabei. Ich formuliere die längst überfällige Angleichung der Netzentgelte aus einer ganz selbstbewussten Haltung heraus und nicht aus einer Haltung von Schwäche. Wir verhandeln hier auf Augenhöhe. Das macht der Ministerpräsident, das macht der Wirtschaftsminister, das mache ich und das machen auch die Kolleginnen und Kollegen meiner Fraktion auf Länderebene, zuletzt in Nordrhein-Westfalen. Ich kann Ihnen sagen: In der Höhle des Löwen waren das keine einfachen Gespräche. Wir müssen erklären, dass wir in den letzten 25 Jahren ein marodes und heruntergekommenes Stromnetz der ehemaligen DDR wieder fit gemacht und modernisiert haben.

Mittlerweile verfügt Sachsen über das modernste Verteilnetz im gesamten Bundesgebiet. Es ist auch so, dass intelligente Netze, also Netze, die zwischen Verbrauchern, der dezentralen Erzeugung und den Netzleitzentralen kommunizieren, inzwischen im Freistaat Realität sind. Das kann man sich anschauen. Das ist hier erforscht, erprobt und funktioniert in Sachsen. Ich glaube, mit so einer selbstbewussten Haltung, sehr geehrter Herr Kollege Böhme, werden Sie am Ende des Tages auch wirklich etwas erreichen, denn niemand will den „Jammer-Ossi“. Wir können hier selbstbewusst auftreten, und genau das sollten wir auch tun. Auch in dem zweiten Punkt führt Ihr

Debattentitel einfach ins Leere. Es ist kein Ost-West-Problem, wie Sie es gern hätten, also die ewige Debatte Ossi gegen Wessi, die Sie uns hier immer wieder vorspielen wollen.

Besonders bei dem Thema Energiewende ist es keine Frage eines Ost-West-Problems. Darum nehme ich Sie mal kurz mit auf eine Reise durch die bundesdeutsche Netzinfrastruktur. Wir haben vier Übertragungsnetzbetreiber: TenneT, Amprion, TransnetBW und 50Hertz. Jeder dieser Übertragungsnetzbetreiber hat in seinen Übertragungsnetzen eigene Gebühren, eigene Netznutzungskosten und auch Kosten für den Netzausbau. Das führt natürlich zu unterschiedlichen Kosten in den verschiedenen Regelzonen. Aber – da wird es interessant –, wenn Sie mal in die Regelzone von TenneT schauen: Dort geht es um Schleswig-Holstein und Niedersachsen. Wenn Sie zu 50Hertz schauen, dann geht es um die fünf neuen Bundesländer, aber auch um Berlin und um Hamburg. Wir haben also zuallererst ein Nord-Süd-Problem und danach auch ein Ost-West-Problem. Das hätte aus meiner Sicht zur richtigen Analyse dazugehört.

Wenn Sie, so wie wir, bundesweit unterwegs sind und mit den Kolleginnen und Kollegen sprechen, dann sind die Haltungen zu bundesweit einheitlichen Netzentgelten sehr unterschiedlich; je nachdem, ob die Kolleginnen und Kollegen im Übertragungsnetzgebiet wohnen, in dem es niedrige Kosten gibt, oder ob es höhere Kosten gibt, ist die Haltung unterschiedlich. Da muss man argumentieren und natürlich für Solidarität werben. Aber man muss auch immer wieder klarmachen, dass von bundeseinheitlichen Netzentgelten zwölf Bundesländer profitieren würden, und in vier Bundesländern würden die Strompreise leicht steigen. Die bundeseinheitlichen Netzentgelte sind für meine Fraktion eine Frage sozialer Gerechtigkeit. Wir sagen: Die jetzt im ersten Schritt abgeschafften vermiedenen Netzentgelte sind für uns ein Erfolg. Wir haben hierbei richtig etwas erreicht. Es müssen jetzt weitere Schritte folgen. Hierfür werden wir uns auf Bundesebene weiter einsetzen. Mein Fazit deshalb in der ersten Runde: Ihr Ansatz, sehr geehrter Herr Böhme, ist mir einfach zu schlicht. Sachsen kann bei dem wichtigen Thema der bundeseinheitlichen Netzentgelte sehr selbstbewusst auftreten. Wir laden Sie ein, auch aus diesem Hohen Haus eine selbstbewusste Botschaft zu senden. Mit dieser selbstbewussten Haltung werden wir am Ende auch erfolgreich sein. Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU)

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen!

Ich möchte in der zweiten Runde noch einmal auf die Gründe für die offensichtliche Verzerrung am Strommarkt und auf die eine oder andere Struktur in den bundesdeutschen Netzen eingehen und Ideen dafür liefern, wie wir nachhaltig für niedrigere Strompreise sorgen können. Der Grund ist für mich zunächst keine Schuldfrage, sondern eine erfreuliche Feststellung: der weitere Ausbau und Zubau erneuerbarer Energien. Wir haben das Zieldreieck: saubere, sichere und bezahlbare Energieversorgung. Vor diesem Hintergrund ist es eine erfreuliche Feststellung, dass wir

auch in Sachsen einen zunehmenden Neu- und Zubau erneuerbarer Energien erleben. Die logische Folge sind höhere Anschlusskosten, Netzaufbaukosten und höhere Kosten beim Einspeisemanagement. Die logische Folge ist auch: Wenn wir Strom von Osten nach Westen und von Norden nach Süden in die industriestarken Regionen transportieren, dann haben wir selbstverständlich höhere Leitungs- und Durchleitungskosten. Ich möchte auf drei Beispiele eingehen, die plastisch darstellen, worin unser Problem besteht, wenn wir uns die Industriestrompreise von Großverbrauchern, zum Beispiel von Gießereien, anschauen – es ist heute schon angesprochen worden –: Bei einer halben Million Kilowattstunden im Jahr reden wir über Netzentgelte von circa 10 Millionen Euro in Thüringen, über etwas weniger in Sachsen und über nur 5 Millionen Euro in Rheinland-Pfalz. Im Handwerk, bei Kfz-Betrieben oder Bäckereien – kleinen Mittelständlern – reden wir bei 80 000 Kilowattstunden über Netzentgelte von 3 000 Euro in Bremen und von 8 000 Euro in der Uckermark. Beim privaten Haushaltsstrom – das ist auch schon angeklungen – sind es bei 3 500 Kilowattstunden Netzentgelte von 416 Euro in Brandenburg und unter 200 Euro in Bremen.

Vor dem Zieldreieck sichere, saubere und bezahlbare Energieversorgung – deshalb diese Beispiele – sollten wir aus meiner Sicht das Thema Akzeptanz in den Blick nehmen. Für mich gehört zur sicheren, sauberen und bezahlbaren Energieversorgung als vierte Säule das Thema Akzeptanz. Mit dieser Initiative zu bundeseinheitlichen Netzentgelten würden wir dem Ziel der Akzeptanz sehr guttun. Wir würden dem wichtigen Zukunftsthema Energiewende mit dem Thema Akzeptanz helfen und dieses unterstützen. Das wäre für mich ein sehr wichtiger Beitrag. Schauen wir zu den Offshore-Anlagen und zur Erdverkabelung. Dort klappt es mit der bundeseinheitlichen Wälzung bereits jetzt. Dieser logische Ansatz sollte auch für die Anlagen an Land gelten. Wenn wir hier nicht gegensteuern – auch das wurde angesprochen –, wird dieses System immer weiter auseinanderklaffen, und wir werden auch in den nächsten Jahren immer höhere Strompreise in den Netzentgeltgebieten von 50Hertz und im Norden erleben.

Ein weiterer Ansatz, der aus meiner Sicht in den Blick genommen werden sollte, um nachhaltig Stromkosten zu senken, sind die Anfangsinvestitionen in den 1990er Jahren bis etwa 2000. Ich erinnere hier an Klaus Töpfer und Herrmann Scheer – der eine konservativ, der andere Sozialdemokrat –, die Anfang der Neunziger vor dem Hintergrund der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl, vom Waldsterben bis hin zum Ozonloch, gesagt haben: So kann es nicht weitergehen. So wurde am 1. September 1990 das Strommarkteinspeisegesetz im Deutschen Bundestag verabschiedet. Seitdem befindet sich unser Land, befindet sich Deutschland im Transformationsprozess des Umbaus der Energieversorgung von den fossilen hin zu erneuerbaren Energien. Es sind neue Technologien entwickelt worden, es sind neue Dienstleistungen entwickelt worden, es musste Neues erforscht und eingeführt werden. Mittlerweile können wir diese Anfangsinvestitionskosten ziemlich genau beziffern: Es sind etwa 24 Milliarden Euro. Ich finde, mit einer mutigen und klugen Entscheidung könnten wir diese Anfangsinvestitionen über eine Fondslösung in einem Einmaleffekt – die sind nämlich immer noch im EEG, in den Alt-EEG-Umlagen enthalten – sofort aus dem Stromsystem herausnehmen und hätten auch sofort einen wirklich spürbaren Effekt, der die

Strompreise nach unten bringt. Eine weitere Möglichkeit wäre, sich mit der Stromsteuer auseinanderzusetzen. Ein weiterer wichtiger Punkt betrifft die Ausnahmeregelungen. Es kann nicht sein, dass sich jede Kegelbahn aus der solidarischen EEG-Finanzierung zu verabschieden versucht. Also, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, wir haben Möglichkeiten, nachhaltig an dem Strompreis etwas zu tun. Die sichere, saubere, bezahlbare und akzeptierte Energieversorgung wird weiter Aufgabe bleiben. Hier sollten Norden und Süden und Osten und Westen zusammenarbeiten, dann wird uns das auch solidarisch gelingen. Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU und der Staatsregierung)